



# Der DDR-Staat gegen die Friedensbewegung

Nachdem der deutsche Rocksänger Udo Lindenberg lange genug "Honni, Honni" gefragt hatte, warum er ihn nicht im Arbeiter- und Bauernparadies singen lasse, durfte er den "Zug nach Pankow" nehmen. Auch die Kölner Rockgruppe BAP sollte nun anfangs des Jahres in Ost-Berlin auftreten und dort an die "Kristallnacht" (1939) und an den "10.Juni" (1981) erinnern: an die gemeinsame deutsche Schuld gegenüber den Juden und an die gemeinsame Verantwortung in der Friedensbewegung. BAP blies das Konzert am Vortag ab: "man" hatte ihnen verboten, ein weiteres Lied über die Friedensbewegung zu spielen, das von den in Pflugscharen verwandelten Schwertern und den in Traktoren verwandelten SS-20 sprach. Den Herren in Ostberlin war die Allusion an die SS-20 und an die unabhängige Friedensbewegung in der DDR und deren

Slogan vom Profeten Micha (vgl. "forum" Nr.57/82, S.33) nicht genehm.

Dass die unabhängige Friedensbewegung in der DDR dem Staatsapparat ein Dorn im Auge ist, dürfte bekannt sein. "forum" veröffentlichte schon in Nr.62 (12.3.83) einen Brief der "Aktioun fir de Fridden" (AfF) an Staatschef Erich Honecker, in dem sie gegen die Festnahme von acht Bürgern protestierte, die zu Weihnachten 1982 an einer Schweigeminute für den Frieden in Jena teilgenommen hatten. Die Verhafteten waren wenig später freigelassen worden, nicht zuletzt wegen ähnlicher Proteste aus aller Welt. Die unabhängige Friedensbewegung stellt in der Tat eine harte Nuss dar für die dialektische Ideologie der DDR-Führung: der sozialistische Staat versteht sich

als internationaler Vorreiter für den Weltfrieden, unterstützt auch, publizistisch wenn nicht gar finanziell, die Friedensbewegung in Westeuropa, vor allem wenn sie den NATO-Doppelbeschluss kritisiert, kann aber nicht dulden, dass im eigenen Staat Jugendliche mit dem Abrüstungswillen ernst machen und auch zuhause Schwerter in Pflugscharen verwandeln wollen.

In letzter Zeit haben die Sicherheitskräfte mal wieder zugegriffen. Aufnäher mit dem Bibelwort (vgl. Titelzeilen im "forum"-Dossier Nr.67/83) sind aus dem Strassenbild verschwunden. Zwei Frauen, Bärbel Bohley und Ulrike Poppe aus Berlin, wurden am 12.12.83 verhaftet, weil sie einer britischen Journalistin angeblich Informationen über die Friedensbewegung der Frauen mitgeteilt haben. Diese Gruppe hatte gegen den Militärdienst für Frauen protestiert, der 1982 eingeführt wurde, und eine "wilde" Kinderkrippe eröffnet, um ihre Kinder der Staatserziehung zu entziehen. In schwarzer Frauenkleidung hatten 30 Frauen im Oktober auf dem Alexanderplatz manifestiert.

In einem erneuten Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden E.Honecker protestiert die Aff nicht nur gegen diese Festnahme, sondern auch gegen die Verhaftung von 9 weiteren Bürgern. "Amnesty International" konnte die offizielle Begründung dafür zwar noch nicht in Erfahrung bringen, stellt aber fest, dass alle in der Friedensbewegung aktiv waren. Zwei von ihnen wird wahrscheinlich

vorgeworfen, Friedensslogans auf Mauern gespritzt zu haben.

Es steht zu befürchten, dass der DDR-Friedensbewegung nun das Genick gebrochen werden soll, da die westliche Bewegung ihr erstes Ziel verfehlt hat. Solange noch die Hoffnung bestand, mit Hilfe der Friedensbewegung die Stationierung von Pershing II zu verhindern, waren der DDR-Führung auch gegenüber der eigenen Friedensbewegung die Hände teilweise gebunden. Allzu offen konnte man die ideologische Schizophrenie nicht zeigen.

Das Beispiel straft einmal mehr jene primitiven Antikommunisten Lüge, die nicht müde werden zu behaupten, die westliche Friedensbewegung arbeite Moskau in die Hand. Es fordert, m.E., diese Friedensbewegung gerade heraus, nicht locker zu lassen. Nur durch eine starke Bewegung für Abrüstung und Menschenrechte in Ost und West können die Menschen im Ostblock ermutigt werden, die eigene Führung zu kritisieren, für Meinungsfreiheit einzutreten,.. Nur durch Abrüstung besteht die Hoffnung, eine Lockerung der inneren Zwangsmassnahmen im Ostblock zu erreichen, weil der äussere Feind nicht mehr so gefürchtet zu werden braucht. Mit ihren Briefen an Erich Honecker hat die Aff gezeigt, dass sie die Zusammenhänge von Friedens- und Menschenrechtsbewegung in der DDR erkannt hat. Beim "Lëtzebuenger Friddenskomitee" scheint ein Konsens darüber leider nicht möglich...